

DIE LINKE Berlin

...auch nach der Wahl!

Schluss mit dem Rechts-terrorismus!

Die Bezirksverordneten der LINKEN in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf, Marlene Cieschinger und Wolfgang Tillinger verurteilen den abscheulichen und feigen Brandanschlag auf das Anton-Schmaus-Haus der Falken in Britz am Jahrestag der Progromnacht. Ihre Solidarität gilt den Betroffenen.

Die entschlossene Bekämpfung des Neonazismus muss auch künftig Kernanliegen des Senats bleiben und Generalverdächtigungen von Antifaschistinnen und Antifaschisten „Extremismusklauseln“ unterbleiben.

Der Senat als Preistreiber

Städtische Wohnungsbaugesellschaften sind ein Instrumenten um Mietsteigerungen zu dämpfen. Nicht so in Berlin – hier langt die GEWOBAG ordentlich zu

Am 9. November haben neun Betroffeneninitiativen den Akteuren der rot-schwarzen Koalition, Klaus Wowerit und Frank Henkel das „Mietenpolitische Dossier Berlin 2012/2012“ überreicht. Das Dossier „Ein Recht auf Stadt für alle“ fordert rasches politisches Handeln, das allerdings von der neuen Rechtskoalition eher nicht zu erwarten ist. Mit stichhaltigen Argumenten und schlagenden Beispielen werden die berechtigten Forderungen hergeleitet. Sehr lesenswert und herunterladbar unter: <http://mietenstopp.blogspot.de/images/Mietendossier2011.pdf>.

Einen wesentlichen Betrag in dem Dossier leistet die Betroffeneninitiative Klausener Platz in unserem Bezirk. Sie kritisiert scharf die Vermietungspraxis der GEWOBAG, durch die das Land

zum Preistreiber wird. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft besitzt mit ca. 75 Häusern und 2.300 Wohnungen ungefähr 60 Prozent der Wohnungen im Kiez um den Klausener Platz. „Insbesondere durch die maximale Ausnutzung der rechtlich zulässigen Mieterhöhungs-möglichkeiten für Bestandsmieterinnen und -mieter und drastischen Aufschlägen bei Neuvermietungen hat sich die Zahl der noch preiswerten Wohnungen in unserer Nachbarschaft deutlich verringert“.

Die Initiative weist nach, dass die GEWOBAG Politik am Klausener Platz keinen Einzelfall darstellt, sondern auch von der GESOBAU in Pankow oder STADT UND LAND in Alt-Treptow so betrieben wird. Sie fordert deshalb unter anderem Mieterhöhungsverzicht in den landeseigenen Wohnungsbeständen und die Berücksichtigung der sozialen Lage, insbesondere langjähriger alteingesessener Mieter.

Aktuell haben DEGEWO und GESOBAU ihren Wohnungsbestand durch den begrüßenswerten Ankauf von 4680 Wohnungen erhöht. Doch mehr städtische Wohnungen helfen nichts, wenn sich an dem politischen Geschäftsauftrag der Gesellschaften nichts ändert. Die Versäumnisse der Koalition unserer Partei mit der SPD sind hier kritisch einzuschätzen.

Die Betroffeneninitiative ist hier erreichbar: Mieterbeirat Klausener Platz, Neue Christstraße 8, 14059 Berlin.

Michael Berger

Keine Mieterhöhungen durch landeseigene Wohnungsbau-gesellschaften!

Neuvertragsmieten steigen ohne Ende.

Nach Mitteilung der Maklerorganisation ivd steigen die Mieten bei neuen Mietverträgen weiterhin rapide an. Innerhalb des letzten Jahres mit der rasanten Beschleunigung von 10 bis 15 Prozent. An der Spitze dieser für die Mieter unerfreulichen Entwicklung liegt Charlottenburg-Wilmersdorf. Hier liegt zwischenzeitlich die Schwerpunktmiete bei neuen Mietverträgen bei 7,75 Euro pro Quadratmeter, bei Vorzugslagen sogar bei 9,25 Euro pro Quadratmeter. In Mitte bei 9,15 Euro und in Steglitz-Zehlendorf bei 9 Euro. In TOP-Lagen des Bezirkes werden, so der ivd-Wertermittlungsausschusses, bereits 15 Euro pro Quadratmeter verlangt.



Fabian Bromann

DIE Berliner LINKE muss ihr Profil wieder schärfen.

Trotz Erfolgen keine Erfolgsgeschichte

Nach der erneuten Niederlage bei den Wahlen 2011 muss die Berliner LINKE ihr politisches Profil schärfen.

Berlin hat gewählt und damit den Wahlzyklus 2011 auch für die Linken beendet. Sie blieb in Berlin unter dem Ergebnis von 2006. Sie verlor 14.000 Stimmen und stellt mit 20 Abgeordneten nunmehr die viertgrößte Fraktion im Abgeordnetenhaus. DIE LINKE wurde in keinem Bezirk mehr stärkste Partei, da sie nicht die linkslibertären Milieus und kaum die jungen Generationen erreichte.

2006 erhielten WASG und PDS in Charlottenburg-Wilmersdorf 7.778 Zweitstimmen für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, 2011 die Partei DIE LINKE: 5.015 Stimmen. Ihre Ergebnisse für die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung blieben 2011 erneut unter 5.000 Stimmen. Es gibt also viel zu tun für die LINKEN im Land wie in unserem Bezirk. Und noch steht die Analyse der Regierungsbeteiligung auf Landesebene ebenso aus wie die der Arbeit der LINKEN von 2006 - 2011 in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf. Das Profil der LINKEN blieb kaum sichtbar.

Hier zunächst einige Gedanken zum Ergebnis auf Landesebene, die schon deshalb für die Gesamtpartei wichtig sind, weil sich hier in Berlin exemplarisch zentrale Probleme der LINKEN zeigen. Dazu gehört die Frage linker Regierungsbeteiligung, ihr Charakter als Ost-West-Partei und nicht zuletzt die Stadt selbst, deren Geschichte in Ost und West die mittleren und älteren Generationen unmittelbar prägte. Hier stand die Mauer, hier wird der Umgang von LINKEN mit der eigenen Geschichte des Sozialismus in besonderer Weise reflektiert. Vor diesem Hintergrund haben sich die Auseinandersetzungen in der LINKEN zu Kommunismus, Mauerbau und ihrem Verhältnis zu Kuba unmittelbar auf ihre Berliner Wahlergebnisse ausgewirkt.

Durchschlagen konnten diese Debatten aber auch deshalb, weil der Partei beim „geräuschlosen“ Regieren als Regierungspartei ihr eigenständiges Gewicht kaum sichtbar blieb. Ihre

Erfolge wie die Schaffung von über 100.000 neuen sozialversicherungs-pflichtigen Arbeitsplätzen, 7.000 Stellen im öffentlichen Beschäftigungssektor, die Einführung eines Vergabegesetzes, das einen Mindestlohn als Bedingung zur Vergabe öffentlicher Aufträge vorschreibt, ein Sozial- und Kultur-ticket für sozial Schwache sowie die Abschaffung des dreigliedrigen Schul-systems konnte sie nicht zu einer Erfolgsgeschichte zusammenfassen.

Die Berliner LINKE verlor die Sensibil-ität für gesellschaftliche Stimmungen. Hinzu kamen ihre schwer zu bearbei-tenden Fehler vor allem in der ersten Legislatur, z.B. der Verkauf der GSW. Danach verhinderte sie weitere Pri-vatisierungen städtischer Wohnungs-baugesellschaften. Doch die unmit-telbar vor den Wahlen ansteigenden Mieten auch dieser Gesellschaften konnte DIE LINKE nicht verhindern und die zunehmenden Gentrifizie-rungsprozesse aufhalten. Sie war kaum in der Lage, eigenständige städtebau-liche Alternativen zu entwickeln oder beteiligungsorientierte Debatten alter-nativer Stadtentwicklung anzustoßen, obwohl sich gerade auch in Berlin zahl-reiche Initiativen mit ihrem „Recht auf Stadt“ bildeten.

2001 trat Die LINKE an als eine Par-tei, die nach dem größten Banken-skandal Europas für Aufklärung und Transparenz sorgt, die für eine andere Stadtpolitik und jenseits unrealistischer Metropolenpolitiken für einen anderen Politikstil steht. 2011 erschien sie als

Die Erfolge der LINK-EN wurden keine Erfolgsgeschichte.

eine Partei, die Forderung nach Transparenz erst auf Druck städtischer Initia-tiven einlöst und erst unter ihrem Druck ein

Informationsfreiheitsgesetz verabschie-det, dass alle Verträge der öffentlichen Hand offenlegen muss. Infolge dessen werden die Verträge zur Teilprivatisierung der Wasserbetriebe im Internet zugänglich gemacht und zugleich das Volksbegehren zu dieser Frage, an dem fast 700.000 Menschen teilgenommen haben, als unnötig betrachtet. Die Ber-liner LINKEN haben die Sensibilität für die sich verändernden gesellschaftli-chen Stimmungen in der Stadt verloren und sich von vielen gesellschaftlichen

weiter auf Seite 3

Bezirk der Millionäre



Der Immobilienmarkt in Charlottenburg-Wilmersdorf wird zum sicheren Anlage-Hafen für große Vermögen. Wer hier preisgünstigen Wohnraum sucht, hat das Nachsehen.

125 Jahre Ku'damm / Copyright Sergej Horovitz

Die aktuelle Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt in Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin Mitte zeigt die zunehmend stärkere Zweiteilung der Stadt. Nicht mehr in Ost und West, sondern in Arm und Reich. Berlinerinnen und Berliner mit niedrigen oder Transfereinkommen, aber auch mit ganz normalen Einkommen kämpfen mit Mieterhöhungen wegen „Anpassung an die ortsübliche Vergleichsmiete“ durch ihre Vermieter. Umzüge im Bezirk können sie sich wegen der ges-

.....

Fortsetzung von Seite 2

Kräften der Stadt entfremdet.

Und genau hier müssen wir in der Stadt wie auch bei uns im Bezirk ansetzen: die gesellschaftliche Verankerung der Partei und die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die Stadt und ihre Bezirke mit der das soziale Profil der Partei sichtbar wird und ihre Fähigkeit Teil sozialer Bündnisse und Bewegungen zu sein gegen den drohenden Sozial- und Demokratieabbau unter den Lasten der Schuldenbremse. Wer dabei blind ist für die Erfolge der LINKEN wird diese nicht verteidigen können.

Cornelia Hildebrandt

tiegenen Neuvertragsmieten von 7, 25 bis 9, 25 Euro pro Quadratmeter nicht mehr leisten. Kleinere Wohnungen, schlechtere Ausstattung, unattraktivere Lage oder Auszug aus dem Kiez sind angesagt. Den Reichen und Schönen der Stadt, deren Einkommen und Vermögen in den letzten Jahren auf Kosten der Lohnabhängigen ständig gestiegen sind, wird dagegen Luxus geboten. Und das auf ehemaligen Grundstücken von Senat und Bund, die zu günstigen Preisen an clevere Bauinvestoren veräußert wurden.

Ein Beispiel: Luxus im Cumberland. Haus Cumberland, ein riesiger Altbaukomplex zwischen Kudamm und Lietzenburger Straße mit bewegter Geschichte, gehörte dem Bund. 23.000 Quadratmeter Nutzfläche wurden für 30 Millionen Euro an die luxemburgische Investmentfirma ORCO verkauft, die durch die Finanzkrise 2008 auf Grund lief. Glücklicherweise fand sich 2010 die Profi Partner AG, die ORCO herauskaufte. Ein gutes Geschäft im neuen Wohnungsboom. Profi Partner, ein schnell aufsteigender Komet am Immobilienhimmel, setzt auf Luxuswohnungen. Mit im

Jetzt ist Gucci im Wohnungsbau angesagt.

Boot ist Thomas Bscher, bis 1995 Gesellschafter des Bankhauses Sal Oppenheim. Seine Nachfolger im Bankhaus hatten eine weniger glückliche Hand. Sie ruinierten die angesehene Bank mit fragwürdigen Geschäften, sodass sie 2009 von der Deutschen Bank gerettet werden musste. Dem Kudamm hat Bscher bisher die Läden der Luxusmarken „Gucci“, „Bulgari“, „Boffi“ und „Porsche Design“ beschert. Jetzt ist Gucci im Wohnungsbau angesagt.

Die 186 Wohnungen, darunter 20 Penthäuser, bis zu 250 Quadratmeter groß und bis zu 7500 Euro pro Quadratmeter teuer, waren in sieben Monaten ausverkauft. „Wir hätten das Objekt dreimal verkaufen können“ jubeln die Entwickler. Ärzte und Zahnärzte, offensichtlich Opfer der Gesundheitsreform, Vorstände im Ruhestand, Unternehmerrfamilien aus der ganzen Republik zählten zu den Käufern. Sie alle wollen ihr durch diverse Rettungsschirme gerettetes und gefährdetes Vermögen durch Anlage in Betongold in Sicherheit bringen. Der Preis spielt keine Rolle.

Michael Berger



Wann wird die S-Bahn zur Bürgerbahn?

Wem gehören unsere Rathäuser?

Rechtspopulisten wollen in die Rathäuser - wehren wir uns dagegen!

Wir hatten gehofft, dass dieser unselige Spuk nach der Wahl ein Ende haben möge, aber dem ist nicht so. Weiterhin mieten rechtspopulistische Vereinigungen Räume in unseren Rathäusern, wie zuletzt am 11. und 24. November „die Freiheit“ in Charlottenburg. Auf rechtlichem Weg ist da wenig zu machen. Aber ist „Recht“ auch immer richtig?

Nun gibt es die Meinung: „Diese Spinner muss man nicht ernst nehmen.“ Auf den ersten Blick mag das so scheinen. Allerdings ist es nicht notwendig, in Bezirksverordnetenversammlungen und Parlamenten zu sitzen, um Schaden anzurichten. Das Unheil, das Rechtspopu-

listen verursachen, besteht darin, ihre Menschenverachtung in die Herzen und Gehirne ihrer Mitmenschen zu säen, und das funktioniert auf vielfältigen Wegen: durch Äußerungen in den Medien, in Internetforen und Blogs, in Büchern oder durch vermeintlich harmlose Bürgerinitiativen.

Oslo warnt vor der rechten Saat!

Wohin es führt, wenn diese Saat aufgeht, haben wir im Sommer in Norwegen gesehen und aktuell bei der Aufdeckung der rechtsterroristischen Mordserie in unserem Land. Da wird es dann ernst. Blutiger Ernst! Warten wir nicht wieder ab, bis es zu spät ist, sondern stellen wir uns rechtzeitig denen entgegen, die uns weismachen wol-

Rettet die S-Bahn vor weiterer Verschlechterung!

Ein Bürgerentscheid soll die S-Bahn-Privatisierung verhindern.

Der S-Bahn-Tisch sammelt weiterhin Unterschriften gegen den noch immer existierenden Mangelzustand bei der S-Bahn. Wer gerade auf der Strecke zwischen Spandau und Hauptbahnhof in den letzten Jahren wegen der schadhafte Radscheiben ohne Bahnverbindung geblieben ist, wird die Empörung über die mas-

Nur noch 6.000 Unterschriften fehlen!

sensiven Einsparungen beim Betrieb der S-Bahn verstehen. Die aktuell geplante Teilausschreibung durch den neuen Senat ist für den S-Bahn-Tisch nicht die richtige Lösung, weil die Renditeerwartungen eines privaten Investors die Sachlage nur noch verschärfen würden. Von der benötigten Anzahl von 20.000 Unterschriften wurden schon fast 14.000 auf den Listen gesammelt. Die Resonanz, gemessen zum Beispiel am S-Bahnhof Charlottenburg, freitags zwischen 10 und 12 Uhr, ist positiv: Vor allem die Fahrgäste aus der Spandauer Richtung zeigen

sich oft emotional angesprochen. Ausfälle wie in den letzten beiden Wintern wären für die Bewohner zum Beispiel am Eichkamp nicht mehr hinzunehmen, weil diese nicht einmal einen durchgehenden Busanschluss zumindest zum Theodor-Heuss-Platz haben. Besonders der Berufsverkehr und die Verbindung vom Fernbahnhof Spandau in das Westend und die weitere City sind mas-

siv von den Betriebseinstellungen betroffen. Die ersten „saisonbedingten“ Ausfälle sind schon jetzt zu verzeichnen. Ein Verbleib der S-Bahn in öffentlicher Hand ist also dringend geboten, wobei die Bürger ein stärkeres Kontrollrecht haben sollten.

Wer sich an der Unterschriftensammlung aktiv beteiligen möchte, kann sich in der Geschäftsstelle Behaimstraße melden oder sich über die Website www.s-bahn-tisch.de informieren. Jeder kann mitmachen!

Ulrich Thom

len, dass nicht die wirklichen Verursacher der weltweiten Krise, sondern irgendwelche Sündenböcke an Niedriglöhnen, Arbeitslosigkeit und Bildungsnotstand schuld sind!

Solche Leute gehören nicht in unsere Rathäuser und das

müssen wir ihnen immer wieder zeigen. Termine für Protestaktionen gibt es bei der LINKEN oder unseren Bündnispartnern „Charlottenburg-Wilmersdorf nazi-frei“ und „Rechtspopulismus stoppen!“

Marlene Cieschinger



Wolfgang Tillinger

Gröhler (CDU) verliert Bürgermeisterrennen

**Reinhard Naumann (SPD) steht an der Spitze des neuen
Bezirksamtes.**

Am 27. Oktober hat die vierte Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Charlottenburg-Wilmersdorf begonnen. Unter dem Vorsitz des ältesten und der beiden jüngsten Mitglieder der BVV erfolgte nach dem formellen Konstituierungsakt die Wahl ihrer Vorsitzenden. Gewählt wurde Judith Stückler, von der stärksten BVV-Fraktion CDU nominiert. Ihre Stellvertreterin wurde An-negret Hansen (SPD), eine erfahrene Sozialpolitikerin und Gewerkschafterin. Von den Grünen wurde Linde Schwarz Schriftführerin. Nachdem die Beisitzer gewählt waren, folgte endlich die mit Spannung erwartete Wahl des Bezirksamtes.

Mit Spannung erwartet, weil in der Regel die stärkste Fraktion den Kandidaten für das Amt der Bezirksbürgermeisterin stellt. Aber schon in den letzten Tagen der letzten Wahlperiode ließen SPD und B90/Grüne verlauten, dass sie einen Bezirksbürgermeister Gröhler (CDU) nicht wollen. Sie gründeten eine Zählgemeinschaft und einigten sich auf einen

SPD-Bürgermeister: Reinhard Naumann, bisher Stadtrat für Schule, Familie und Sport. Gewählt wurde er übrigens auch mit Stimmen aus der CDU.

Gröhler wurde zum stellvertretenden Bezirksbürgermeister mit dem schlechtesten Ergebnis aller Kandidaten gewählt. Die anderen Stadträte wurden Marc Schulte (SPD), Elfi Jantzen (Grüne) und Carsten Engelmann (CDU).

SPD und Grüne dominieren die BVV.

Engelmann, der kein Mandat erringen konnte, wird nun – so sehe ich das – mit dem Stadtratsposten versorgt. Dies zeigt, welche Bedeutung für die CDU Bezirkspolitik hat, aber auch den angeblich längst überwundenen schlechten Zustand der hiesigen CDU!

Im Bezirksamt ist Reinhard Naumann für Haushalt, Personal und Wirtschaftsförderung zuständig. Marc Schulte übernahm die Ressorts für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Verkehr und Ordnungsangelegenheiten, Elfi Jantzen für Jugend, Familie, Schule und Sport. Für Weiterbildung und Kultur, Tiefbau und Grünflächen und das Bürgeramt wird Klaus-Dieter

Werden Rathäuser privatisiert?

Eigentlich darf es sie laut Berliner Verfassung gar nicht geben: die Koalition auf der Bezirksebene. Denn die ausdrücklich nur für die Wahl von Bezirksbürgermeisterinnen bzw. -meistern zulässigen Zählgemeinschaften sollen sich nach getaner Arbeit auflösen. Tun sie aber nicht. Und so haben in Charlottenburg-Wilmersdorf SPD und Grüne eine faktische Koalition begründet und eine formale Vereinbarung geschlossen.

Um das strukturelle Haushaltsdefizit zu beheben soll die Nutzung bezirklicher Standorte, v.a. die der Rathäuser überprüft werden. Wird de facto privatisiert? Die Bauvorhaben am Adenauerplatz sowie Ku'damm-Karree werden unterstützt. Auf der Gerhart-Hauptmann-Anlage ist die Existenz eines Spielplatzes und eines Bolzplatzes in der bisherigen Größe sowie die der Berliner Festspiele zu sichern. Offenbar wird von einer Bebauung der Anlage ausgegangen.

Verkehrspolitisch wird auf modal split, ÖPNV und Fahrradverkehr gesetzt. Öffentliche Liegenschaften sollen für den Bau billiger Wohnungen genutzt werden.

Michael Bäse

Gröhler die Verantwortung tragen und für Soziales sowie Gesundheit Carsten Engelmann.

Eine richtige Entscheidung ist aus meiner Sicht, dass die BVV-Mehrheit das Stadtplanungsamt nicht mehr an Herrn Gröhler gab. Denn er hat besonders mit den Bauvorhaben Moscheebau in der Keplerstraße und Wohnbebauung der Gerhart-Hauptmann-Anlage gezeigt, dass er nicht kooperativ mit dem Bezirksamt und der BVV zusammenarbeiten will. Nun kann er in einem nicht so öffentlich wirksamen Aufgabenbereich neues Vertrauen erarbeiten.

Wolfgang Tillinger

Freundliche Menschen, unbequeme Stühle und Fairtrade-Kaffee

Wie eine neugewählte Bezirksverordnete ihre ersten Sitzungen erlebte.

Die Bezirksverordnetenversammlung bestimmt die Grundlinien der bezirklichen Politik, kontrolliert die Tätigkeit des Bezirksamtes, regt Verwaltungshandeln an und wählt u.a. die Stadträte und entscheidet über alle anderen gesetzlich ihr vorbehaltenen Angelegenheiten. Sie kann über alle Angelegenheiten vom Bezirksamt jederzeit Auskunft verlangen. So in etwa beschreibt der nüchterne Text des Berliner Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG) die Zuständigkeiten des Gremiums, in das ich im September von den Wählerinnen und Wählern Charlottenburg-Wilmersdorfs zum ersten mal geschickt worden bin: die Bezirksverordnetenversammlung (BVV). In diesem Gesetz stehen dann auch noch etwas konkretere Dinge, aber als launige Lektüre eignet sich der Text ebenso wenig wie die BVV-Geschäftsordnung. Dennoch wollen, nein: müssen solche Papiere gelesen werden, ebenso wie zahlreiche Anträge, Anfragen und andere sogenannte Drucksachen. Das waren dann auch die ersten, ein wenig einschüchternden Eindrücke bereits vor der ersten Sitzung. Dazu kam die Aussicht auf fast unzählbare Termine, die das Wort Privatleben nur noch zu einer fernen Erinnerung zu degradieren drohte.

Und die Unsicherheit angesichts meiner Unerfahrenheit, der Unkenntnis von Abläufen und Umgangsformen sowie der unbekannten Leute, mit denen ich es zu tun bekommen sollte. Kein Wunder, dass ich den BVV-Saal am 27. Oktober mit zitternden Knien betrat.

Was ich dann vorfand, waren jedoch ein paar aus anderen Zusammenhängen Bekannte, viele freundliche Menschen, einige ebenso unerfahrene Bezirksverordnete und die schlimmsten Befürchtungen waren doch heillos übertrieben gewesen. Ein bisschen fühlte ich mich wie auf meiner ersten Mitglieder-

versammlung im Bezirksverband – und auch hier waren die Stühle, wie so oft, ungefähr zwei Zentimeter zu hoch und also unbequem. Angenehmerweise bestand die erste Sitzung hauptsächlich aus Wahlen, Grußworten und anderen Formalien, so dass wir Neuen nicht sofort mitten ins Tagesgeschäft geworfen wurden und etwas Gelegenheit hatten, uns einzugewöhnen.

Dass der im Vorraum angebotene Kaffee aus fairem Handel kam – die LINKS-FRAKTION hatte dazu die Initiative ergriffen – freute mich nicht nur, sondern erin-

***Sitzungen mit Leben
füllen - auch darauf
kommt es an!***

Marlene Cieschinger

nerte mich auch gleich daran, dass selbst kleine Gruppen von Verordneten Dinge im Bezirk bewirken können und dass es darauf ankommt, die lästigen Papiere und Sitzungen mit Leben zu erfüllen, um die Hoffnungen und Ziele zu

erreichen, wegen denen wir schließlich gewählt worden sind. Nicht alles wird sich durchsetzen lassen, aber sicherlich das Eine oder Andere. Es ist uns Verpflichtung und wenn es einen Kampf mit allerlei Formalitäten und Papieren bedeutet, dann hat dieser wenigstens ein lohnenswertes Ziel.

In der zweiten BVV-Sitzung ging es dann schon etwas

mehr zur Sache und ich beginne zu ahnen, was es mit den Anträgen, kleinen, großen und spontanen Anfragen und anderen Möglichkeiten von Bezirksverordneten auf sich hat. Jedenfalls habe ich einen Kopf voller Ideen und bin gespannt auf die Ausschüsse, die demnächst ihre Arbeit aufnehmen werden.

Was wir LINKE in der BVV weiterhin machen und wie es uns dort ergeht, kann man in unserem neuen Blog <http://linkeinderbvvhawi.wordpress.com/> nachlesen. Wir freuen uns über Rückmeldungen und Anregungen, denn wir brauchen den Dialog, um die Interessen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger vertreten zu können.

Marlene Cieschinger



DIE LINKE Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Kurfürstendamm: Eine Straße für die Deportationszüge

“Und ich weiß auch, daß in der Nachbarschaft des Kurfürstendammes...von Zeit zu Zeit merkwürdige Schreie zu hören sind...Heute vermute ich, daß nicht die Menschen in diesen Straßen schreien, sondern die Straßen selber.” (Siegfried Kracauer)

In diesem Jahr wurde mit großem Aufwand das 125-jährige Jubiläum „unseres“ berühmtesten Boulevards gefeiert. Am 18. Oktober war der 70. Jahrestag des Beginns der Juden deportationen vom Bahnhof Grunewald aus. An der eindrucksvollen Gedenkfeier haben auch wir teilgenommen.

Was verbindet beide Daten?

Nichts, wenn man hierzu etwas in den Hochglanz-Veröffentlichungen zum Jubiläum oder in anderen Geschichtswerken über den Kurfürstendamm sucht. Doch tatsächlich besteht ein Zusammenhang.

„Am 16. Oktober 1941 begann am Vormittag die sogenannte „Ausschleusung aus dem Sammellager“ und die Verbringung der Transportteilnehmer nach dem Bahnhof Grunewald bei strömendem Regen. Die SS hatte ihre offenen Lastwagen vorfahren lassen, teils waren es Steh- Trucks, diese Lastwagen durften aber nur Schwache und Kinder benutzen, alle anderen mußten in einem langen Zuge durch die Stadt laufen“. (Quelle: Hildegard Henschel zit. nach: „Christiane Klingspor: Orte der Erinnerung / Stätten der Deportation in: Die Grunewald Rampe, Berlin 1993, S. 136 (Kommentar von Fr. Klingspor)

Niemand will etwas bemerkt haben

Es folgten weitere solche Elendsprozessionen mitten durch das Zentrum des Berliner Westens. Es ist erstaunlich,

dass kaum ein Anwohner etwas von den nächtlichen Transporten bemerkt haben will. Zehn bis zwanzig Transporte gingen von Grunewald aus, 10.000 bis 20.000 jüdische Bürgerinnen und Bürger waren betroffen. Genaue Zahlen gibt es nicht; die Quellen sind rar, unpräzise und teilweise falsch

Unumstritten ist: Die Deportationsmärsche mussten über den oberen Kurfürstendamm geführt werden, um vom Sammellager Levetzowstraße (von der ehemaligen Synagoge in Moabit) über die Halenseebrücke (über die Ringbahn) und über die Erdener-, zur Trabener Straße und schließlich zum Bahnhof Grunewald zu gelangen.

In Wilmersdorf war mit 15% der Anteil jüdischer Menschen an der Bevölkerung so hoch wie nirgends in Berlin. Aber:

Wir dürfen die finsternen Seiten unserer Geschichte nicht vergessen.

Die meisten Jüdinnen und Juden, die rund um den Kurfürstendamm lebten, waren zu Beginn der Deportationen im Oktober 1941 in der Regel vorher bereits in das Ausland geflohen. Oft gehörten sie zu den sozial besser Gestellten, die überhaupt über die Mittel zur Flucht verfügten - auch wenn sie alles, ihre Verwandten und Freunde, ihr Hab und Gut, zurücklassen mussten.

Die Deportationen werden immer noch verdrängt

Nach 70 Jahren stellt sich immer noch die Frage, warum diese Deportationen in den Erinnerungen der Menschen, in der Literatur und in den Festreden unerwähnt bleiben. Sie werden geradezu verdrängt! Warum wurde unmittelbar nach dem Krieg - als noch viele Betroffene und Augenzeugen lebten - nie nach Dokumenten und Berichten geforscht? Wo sind die Akten der begleitenden Ordnungspolizei geblieben? Hat wirklich keiner was gesehen? Gibt es wirklich keine Augenzeugen mehr? Es ist durchaus möglich, dass Zeitzeugen jener Geschehnisse heute noch leben. Wie könnte man sie ausfindig machen, um ihre Erinnerungen in das Bewusstsein unserer Generationen zu heben?

Angesichts der Gefahren für unsere Demokratie, die von Rechtsextremisten ausgehen und die Menschen mit anderen politischen Überzeugungen, mit anderen religiösen Bekenntnissen und mit migrantischen Wurzeln bedrohen, dürfen wir die finsternen Seiten unserer Geschichte nicht vergessen. Wir müssen wachsam bleiben, auf Gefahren hinweisen und uns wehren!

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch.“ (Bertolt Brecht)

Walter Mayer

(nach einem Beitrag im Blog des Klaus-Platz-Kietzes)

Sozial.Urban.Solar

Die KOMPASS - Baustelle steht für linke Kommunalpolitik.

Der Titel des Beitrags ist für uns Programm. Dafür stehen wir jetzt und in Zukunft. Denn ohne einen sozial gerechten, ökologischen und solaren Stadtumbau mit neuen und besseren Infrastrukturen ist kein gutes Leben für alle möglich. Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten. Daran werden wir die Politik der anderen Parteien messen. Für unsere konkrete Arbeit im kommunalpolitischen Arbeitskreis (KOMPASS) haben wir drei wichtige Schwerpunkte gewählt:

- Schule, Bildung und Kultur;
 - Solarer Stadtumbau – Umwelt, Klima und Verkehr;
 - Mieten, Wohnen und Infrastruktur.
- Wir wissen bei diesen wie auch anderen Themen: die Politik im Bezirk lässt sich nicht grundlegend ändern, denn dazu müssen nicht nur auf Landes-, sondern vor allem auf Bundesebene die Weichen anders gestellt werden. Wir sehen aber auch, was trotzdem immer noch machbar wäre im Interesse der Bürgerinnen und Bürger,

wenn allein nur Bezirk und Land ihre Möglichkeiten ausschöpfen würden. Dafür braucht es kommunale und staatliche Gestaltungs- und Handlungskraft im Interesse des Gemeinwohls, anstatt sich einer radikalen Minderheit und deren Finanzinteressen zu beugen. Der Staat hat endlich wieder die Interessen der Mehrheit zu vertreten. Und zwar offen, transparent und ohne die übliche Klüngelei zwischen Wirtschaft und Politik.

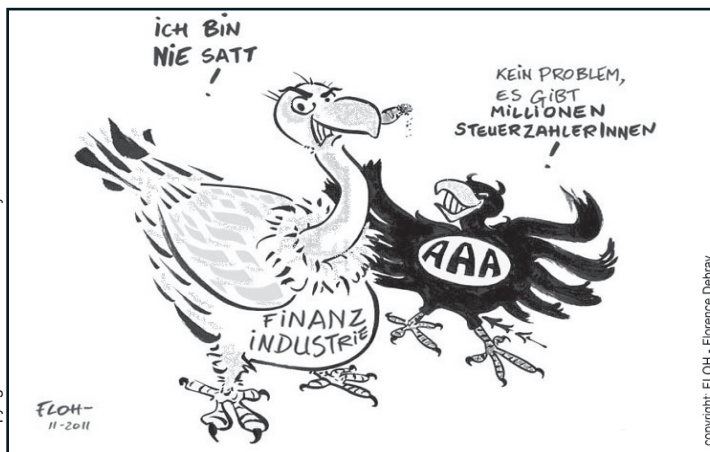
Detlef Bimboes

Feier zum Jahresende

Der Bezirksvorstand lädt alle Mitglieder, Freundinnen und Freunde zu einer Feier zum Jahresende ein. Wir wollen am Samstag, dem 17. Dezember 2011 um 17.00 Uhr

In unserer Geschäftsstelle, Behaimstraße 17 in Charlottenburg
* eine Ausstellung BANKSTERS und POLITSTINKERS II eröffnen;
mit Karikaturen von FLOH

(alias Florence Debray)
Floh ist Karikaturistin, Autorin und Schnellzeichnerin; sie wird bei der Eröffnung eine Performance zu aktuellen Themen gestalten.
* uns von einem Kabarettisten unterhalten lassen;
* gemeinsam und ein wenig entspannter als bei unserer Arbeit auf das politische Jahr 2011 zurückblicken.
Für Speisen und Getränke werden wir sorgen; gute Laune bringen bitte alle mit.
Für den Bezirksvorstand
Walter Mayer und Marlene Cieschinger



Termine

- 13.12., 19 Uhr - Antikapitalistisch-sozialistischer Arbeitskreis
- 14.12., 19 Uhr - Mitgliederversammlung
- 15.12., 10 Uhr - AK Hartz IV: Betroffene helfen Betroffenen
weiterer Termin: jeden 1. und 3. Dienstag des Monats 17 Uhr und Donnerstags 10 Uhr
- 16.12., 20 Uhr - AK Kultur und Internationales
- 20.12., 19 Uhr - AK Filmclub
- 22.12., 19 Uhr - Bezirksvorstand
- 3.1.2012, 19 Uhr - AK Hartz IV
weiterer Termin: 7.2.
- 4.1., 19 Uhr - AK rot & schlau: Diskussion "Wandlungen der Krise"
- 1.2., 19 Uhr - AK rot & schlau: Diskussions zum Thema Arbeit

Sofern nicht anderes angegeben ist, finden alle Veranstaltungen in der Geschäftsstelle in der Behaimstraße 17 statt.



Nimm Kontakt zu uns auf:
DIE LINKE. Geschäftsstelle des Bezirksverbandes
Charlottenburg-Wilmersdorf
Behaimstraße 17
10585 Berlin
Tel. 3377 8168
Nähe U-Bahnhof Richard-Wagner-Platz (U7), Bus M 45

Öffnungszeiten
Montag, Dienstag, Mittwoch
14 bis 18 Uhr
Donnerstag, Freitag
10 bis 18 Uhr

Impressum Bezirksbühne

Herausgeber: Bezirksvorstand
DIE LINKE Charlottenburg-Wilmersdorf

V.i.S.d.P: Walter Mayer

E-Mail: bezirksbuehne@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

Redaktionsschluss: 17.11.2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.